

## Außerparlamentarische Opposition gegen Demokratieversagen? Globalisierungskritik und politische Assoziationsfreiheit

### *Zur Daseinsberechtigung außerparlamentarischer Opposition*

Zeitgemäße politische Anliegen lassen sich leicht diskreditieren, indem man ihnen unzeitgemäße Namen gibt. Auch seriöse Anliegen können durch irreführende Benennung für Jahrzehnte ins politische Abseits geraten, und es dauert dann häufig eine ganze Generation, bis entweder die Begriffe sich erholt oder für die Anliegen eine zeitgemäßere Begriffswelt geschaffen worden ist.

Ein unzeitgemäßer Begriff, der vor allem in Deutschland negative Assoziationen hervorruft, ist derjenige der außerparlamentarischen Opposition. Dieser Begriff weckt Reminiszenzen an eine Bewegung, die - wie honorig ihre Motive auch gewesen sein mögen - mit kurzlebigen Mitteln kurzlebige politische Ziele verfolgte. Keine Organisation oder Bewegung würde es noch wagen, sich diesen Begriff zu eigen zu machen. Sich offen als außerparlamentarische Opposition zu bezeichnen, käme politischem Selbstmord nahe, und neuere außerparlamentarische Bewegungen tun daher gut daran, diesen Begriff zu meiden.

Wer in historischen Zusammenhängen denkt und wer in der aktuellen politischen Willensbildung bestehen will, muss solchen begriffsgeschichtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Wer dagegen die politischen Realitäten nur zu analysieren versucht, kann sich weit mehr begriffliche Unvorgenommenheit leisten. Er kann reale Phänomene auch dann bei ihrem prägnantesten Namen nennen, wenn dieser vorübergehend mit Vorurteilen belastet war. Prägnant aber ist es, eine Opposition, die weder in Parlamenten agiert noch dorthin gelangen will, die somit weder politische Partei ist noch eine solche werden will, schlicht eine außerparlamentarische Opposition zu nennen.

In diesem einfachen und eindeutigen Sinn hat es immer außerparlamentarische Opposition gegeben und wird es sie immer geben, wenn auch in sehr wechselhaftem Ausmaß. Dabei ist allerdings zu unterscheiden zwischen einem unorganisierten - sei es stillschweigenden oder lautstarken - außerparlamentarischen Protest, wie er auch im bewussten Nichtwählen zum Aus-

---

druck kommen kann, und einer außerparlamentarischen Opposition im engeren Sinn. Um letztere handelt es sich, sobald der Protest sich organisiert, sobald also die Protestierenden sich zusammenschließen und ihre kritischen Einstellungen zur Politik in kollektive Aktionen einbringen.

Gerade in den etablierten, gemeinhin noch als besonders funktionsfähig geltenden Demokratien stellt sich natürlich die Frage, ob eine außerparlamentarische Opposition überhaupt eine legitime Funktion hat oder ob solche Bewegungen nicht dadurch erst politisch seriös werden, dass sie doch den „Marsch durch die Institutionen“ antreten und damit letztlich parlamentarisch werden wollen. Die Antwort hierauf ist ebenso einfach wie naheliegend. Je besser die Parlamente, je kompetenter sie agieren, je sicherer die Bürger also sein können, dass dort politische Probleme und Konflikte auf die denkbar beste Weise gelöst werden, desto weniger Anlass gibt es, gegen Parlamente zu opponieren. Je mehr Vertrauen also die Parlamente verdienen, desto weniger Legitimation besitzt eine außerparlamentarischen Opposition und desto unglaubwürdiger wird sie.

Ebenso zwingend ist indessen der Umkehrschluss. Je weniger Problem- und Konfliktlösungskompetenz den Parlamenten noch zuzutrauen ist, desto mehr Grund gibt es für außerparlamentarischen Protest, und desto eher ist auf längere Sicht auch eine organisierte außerparlamentarische Opposition vonnöten. Desto eher bedarf es ihrer, um dem ansonsten stillschweigenden Protest Perspektiven zu geben und damit politischer Resignation entgegenzuwirken. Desto wichtiger ist es, dass wenigstens außerhalb der Parlamente neue politische Vertrauenswürdigkeit entsteht.

### *Diagnose*

Wie weit die Problemlösungs- und Konfliktlösungskompetenz herkömmlicher Parlamente, Parteien und Regierungen tatsächlich reicht, soll hier nicht abermals erörtert werden.<sup>1</sup> Dass Parlamente zunehmend weniger zeitgemäße politische Kompetenz entwickeln, dass Parteien und Kandidaten es zunehmend schwerer haben, eben dies zu verbergen, und dass deren Selbstdarstellung in der politischen Öffentlichkeit daher inhaltlich zunehmend verarmt, ist den meisten Bürgern bewusst und kann hier als Faktum vorausgesetzt werden. Wenn dies aber der Fall ist, dann steht insofern die Daseinsberechti-

---

<sup>1</sup> Zu dieser Diagnose s. u.a. B. Wehner, *Die andere Demokratie*, Wiesbaden 2002, sowie ders., *Organisierter Dilettantismus oder demokratische Expertenkultur, Die Logik der Staatsorganisation und Die Katastrophen der Demokratie*, alle in [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de).

gung einer außerparlamentarischen Opposition außer Frage. Dann hat allein solche Opposition noch das Potential, langfristige politische Hoffnungen lebendig zu halten.

So zwingend diese Schlussfolgerung sein mag, so wenig sagt sie allerdings aus über die tatsächliche Qualität einer außerparlamentarischen Opposition. Auch eine solche Opposition kann natürlich Erwartungen enttäuschen. Sie kann unfähig sein, die Defizite der bestehenden Demokratie offenzulegen, und sie kann schlimmstenfalls noch weniger kompetent und noch weniger vertrauenswürdig sein als die Parlamente selbst. Sie kann ebenso inhaltsarm agieren, sie kann eine ähnliche politische Selbstüberschätzung oder eine ähnliche Neigung zum politischen Showbusiness entwickeln wie ihre eigentlichen politischen Gegner. Sie kann ihre politische Mission als rein ideologisches Anliegen missverstehen, und sie kann sich daher in ähnlich abstrakten und daher diffusen Zielvorstellungen verstricken, wie es für herkömmliche Parteiprogramme seit jeher symptomatisch ist. Protestbewegungen können auf diese Weise selbst zu Symptomträgern, wenn nicht zu heimlichen Komplizen eben jener politischen Ordnung werden, deren Mängeln sie ihre Existenzberechtigung verdanken.

Zu solcher stillen Komplizenschaft kommt es insbesondere dann, wenn der außerparlamentarische Protest die bestehenden politischen Institutionen, insbesondere also Parlamente und Regierungen, zu seinen alleinigen Adressaten macht. Aus dieser Adressierung des Protests spricht nämlich die Überzeugung, die kritisierten Institutionen seien letztlich doch zu Besserem fähig, sie würden unter dem Eindruck der Kritik doch hinreichend kompetent und vertrauenswürdig agieren und von hinreichend kompetenten und vertrauenswürdigen Personen beherrscht werden. Diese Art von Protest ist charakteristisch für kritische Medien, für kleinere, in den Parlamenten nicht vertretene Protestparteien und auch für die meisten so genannten Nichtregierungsorganisationen. Auch für sie sind die bestehenden politischen Institutionen, bestehende Regierungen, Parlamente und Parteien die gesuchten politischen Adressaten. Sie versuchen im besten Fall, sich einzelner vom Staat vernachlässigter Aufgaben anzunehmen, aber eben damit werden sie letztlich zu Lückenbüßern oder gar Treibriemen des bestehenden politischen Systems. Auf diese Weise halten sie den Glauben an die Zukunftsfestigkeit der bestehenden politischen Ordnung in großen Teilen der politischen Öffentlichkeit wach. Sie tragen damit aber auch Mitverantwortung für die Fortbestand dieser Ordnung.

---

### *Globalisierungsgegner und das Netzwerk Attac*

Auch wenn sie den Begriff der außerparlamentarischen Opposition meiden, sind doch die so genannten Globalisierungsgegner, die immerhin eine moralische Sensibilität für die ambivalenten Folgen der Globalisierung beweisen, in den meisten demokratischen Staaten dieser Art von Opposition zuzuordnen. Dies gilt auch und in besonderem Maße für das internationale Netzwerk Attac. Nirgendwo organisiert Attac sich als politische Partei, und es will dies nach eigenem Bekunden auch in Zukunft nicht tun. Parteien, auch und gerade die in der jüngeren Vergangenheit gegründeten, sind für Attac kein Vorbild. Attac will aus gutem Grund keine politisch allzuständige Organisation werden, wie es in der bestehenden Demokratie für politische Parteien vorgezeichnet ist. Es will – so wäre dies positiv zu deuten – der damit einhergehenden Selbstüberschätzung und Kompetenztanmaßung nicht zum Opfer fallen.

Die Konzentration auf die Globalisierungskritik ist eine programmatische Selbstbeschränkung, die vor politischem Dilettantismus schützen kann. Diese Selbstbeschränkung geht bei Attac sogar so weit, sich nur einen einzigen konkreten politischen Programmpunkt auf die Fahnen zu schreiben, nämlich die Besteuerung spekulativer Transaktionen auf dem internationalen Kapitalmarkt.<sup>2</sup> Attac verharrt insofern nicht in fundamentaloppositioneller Negation, sondern gibt sich als eine durchaus affirmative politische Kraft.

Gerade weil es eine so konkrete politische Einzelmaßnahme in den Vordergrund stellt, glaubt Attac aber, sich damit an bestehende Parlamente und Regierungen als politische Adressaten halten zu können. Indem Attac dies tut, billigt es diesen Institutionen implizit ein hohes Maß an politischer Kompetenz zu. Es unterstellt insbesondere, diese könnten eine Spekulationssteuer zielkonform umsetzen und das Aufkommen aus einer solchen Steuer gerecht verteilen. Indem es den Glauben hieran nährt, wird Attac als außerparlamentarische Opposition doch zu einer systembewahrenden, die Legitimation bestehender Parlamente und Regierungen bestätigenden Kraft.

Ganz Ähnliches geschieht auch dann, wenn Globalisierungsgegner nur vereinzelt agieren, wenn sie also beispielsweise Demonstrationen gegen Regie-

---

<sup>2</sup> Ob diese so genannte Tobin-Steuer wesentlich dazu beitragen könnte, Gerechtigkeitsdefizite der Globalisierung auszugleichen, ist natürlich höchst ungewiss. Zu den konzeptionellen Schwächen dieser Steuer s. auch B. Wehner, *Der IWF – eine institutionelle Fehlkonstruktion?*, in [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de).

rungen, gegen internationale Regierungs-, Minister- und Parlamentarierkonferenzen und gegen internationale Regierungsorganisationen veranstalten. Auch dabei machen sie die bestehenden Institutionen zu ihren Adressaten und vermitteln damit den Eindruck, diese Institutionen seien politisch noch Herr der Lage, sie seien für ein Phänomen wie die Globalisierung tatsächlich politisch verantwortlich und sie seien, wenn der Protest sie nur genügend beeindruckte, zu einer Umkehrung der angeprangerten Entwicklungen fähig. Auf diese Weise gewinnt selbst der abstrakteste Protest von Globalisierungsgegnern noch einen ausgesprochen systembejahenden Charakter.

Den Globalisierungsgegnern von Attac könnte politisch wohl kaum Schlimmeres passieren, als dass die von ihnen geforderte Besteuerung spekulativer Finanztransaktionen tatsächlich Wirklichkeit würde. Dann nämlich würde sich zeigen, dass die bestehenden Parlamente und Regierungen mit der Handhabung dieser Steuer und mehr noch mit einer gerechten Verteilung des Steueraufkommens politisch überfordert wären. Attac müsste dann einräumen, nicht nur auf ein ökonomisch und verteilungspolitisch fragwürdiges Instrument gesetzt, sondern sich mit der Forderung nach dessen Umsetzung auch an ungeeignete, nämlich systematisch überforderte Institutionen gewandt zu haben. Dies wäre letztlich das Eingeständnis, als außerparlamentarische Opposition allzu staatstreu und damit systemkonform gehandelt zu haben.

#### *Nationalisierung statt Globalisierung?*

Globalisierung ist als ökonomisches Phänomen, als Prozess einer zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung, nicht aufzuhalten. Dass dies so ist, gesteht indirekt auch eine Organisation wie Attac ein. Wer nämlich der Globalisierung vornehmlich mit einer Steuer auf spekulative Finanztransaktionen entgegentreten will, hat nicht die weltwirtschaftliche Verflechtung als solche im Visier, sondern nur die schlimmsten Auswüchse globaler Spekulationswellen.

Dass die wirtschaftliche Globalisierung die Abhängigkeit einzelner Unternehmen, Regionen und Nationen vom globalen Strukturwandel und von den internationalen Kapitalmärkten verstärkt, schafft aber zugleich das Bedürfnis, solche Abhängigkeiten politisch zu entschärfen. Dies wiederum schafft neue Herausforderungen für die Wirtschafts- und Währungspolitik, aber auch für andere Politikbereiche wie etwa die Verteilungs- und die Umweltpolitik. Damit stellt sich aber auch die Frage, in welchem geographischen

---

Rahmen Politik sich organisieren müsste, um diese Herausforderungen bestmöglich zu meistern. Theoretisch denkbar ist natürlich, dass bestehende Nationalstaaten und bestehende internationale Organisationen bereits eine in diesem Sinne optimierte geographische Abgrenzung darstellen. Viel wahrscheinlicher ist aber, dass diese Herausforderungen neue staatliche Institutionen erfordern, für die eine geeignete geographische Abgrenzung erst noch zu finden wäre. Welche Politikbereiche also weiter in den Grenzen bestehender Nationalstaaten zu betreiben sind und für welche anderen Politikbereiche das Staatsgebiet möglicherweise ganz anders zu bestimmen wäre, wird somit auch durch die wirtschaftliche Globalisierung zu einer immer drängenderen Frage.

Globalisierungsgegner müssen sich daher bekennen, ob ihre Alternative zur Globalisierung eine Nationalisierung oder eine Regionalisierung von Politik bedeutet oder ob sie sich einer ganz neuen geographischen Abgrenzung politischer Willensbildungsgemeinschaften öffnen. Sie müssen zu erkennen geben, ob und wo sie sich beispielsweise als Nationalisierer bzw. Renationalisierer, als Regionalisierer, als Sezessionisten oder Integrationisten verstehen oder welche andere Vorstellung von der Entwicklung der politischen Landkarte sie haben.

Die fundamentale Frage, der sich die Globalisierungsgegner damit stellen müssen, ist diejenige der politischen Assoziationsfreiheit. Sie müssten Stellung beziehen, ob sie an der bestehenden politischen Landkarte und an bestehenden Wirtschafts- und Währungsräumen festhalten wollen oder ob sie offen für deren demokratischen Wandel eintreten. Bekennen sie sich aber dazu, dass die politische Landkarte einer zunehmend aktiven Gestaltung bedarf, dann sind sie auch eine Aussage darüber schuldig, nach welchen Regeln diese Gestaltung erfolgen sollte. Treffen sie diese Aussage wiederum in freiheitlichem Geist, dann kommen sie nicht umhin, den Bürgern ein fundamentales Recht auf freie politische Assoziation zuzugestehen. Genau hierin liegt letztlich der politische Lackmustest dafür, ob die Globalisierungsgegner sich in einer systemkonformen Opposition erschöpfen oder sich als außerparlamentarische Freiheitsbewegung auf eine wirklich konstruktive Systemkritik einlassen.

Vorläufiger Stand der Dinge ist, dass ein Großteil der Globalisierungsgegner sich eher in unfreiwillige Komplizenschaft mit einer politischen Ordnung begibt, in der überforderungsbedingte Inkompetenz fest institutionalisiert

ist. Eine Organisation wie Attac mag helfen, die Schwächen bestehender Regierungen und Parlamente vor allem auf internationaler Ebene zu demaskieren, aber vorerst setzt sie die Globalisierungsgegnerschaft dennoch weitgehend systemkonform in Szene. Als Globalisierungskritiker für ein Grundrecht auf freie politische Assoziation zu streiten, für damit verbundene neue politische Konfliktlösungsstrategien und neue Formen inner- und zwischenstaatlicher Solidarität, wäre auf lange Sicht gesehen eine viel lohnendere außerparlamentarische Aufgabe. Das Bekenntnis zur politischen Assoziationsfreiheit könnte insofern der ausstehende ideologische Brückenschlag sein, der einer außerparlamentarischen Opposition zu einer langfristig fundierten Legitimation verhilft.

09-02